

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz

Sitzungstermin: Dienstag, 20.06.2023
Beginn der Sitzung: 17:05 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Hemken, Harald
Strelow, Gregor
ten Hove, Andreas

CDU-Fraktion

Falbe, Ole
Gröttrup, Bernd

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Meyering, Johannes
Nützel, Christian

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

GfE-Fraktion

Eichhorn, Jochen (ab 17:35 Uhr)

Gruppe DIE FRAKTION

Luitjens, Stefan für Hagen Greving

Beratende Mitglieder

Vogler, Jannik
Wildeboer, Habbo
Vertreter des Jugendparlamentes
für Stefan Rölling

Verwaltungsvorstand

Krantz, Irina Stadtbaurätin

von der Verwaltung

Federolf, Christian, Dr.
Malzahn, David
Ruf, Simon

Protokollführung

Bokker, Elke

Als Gast:

Herr von Lübke, SHP

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.06.2023
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:55 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Winter, Maria

SPD-Fraktion
Hemken, Harald
Strelow, Gregor
ten Hove, Andreas
bis 18.45 Uhr

CDU-Fraktion
Falbe, Ole
Gröttrup, Bernd

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Meyering, Johannes
Nützel, Christian

FDP-Fraktion
Bolinus, Erich
bis 18.45 Uhr

GfE-Fraktion
Eichhorn, Jochen

Gruppe DIE FRAKTION
Luitjens, Stefan
für Hagen Greving

Beratende Mitglieder
Vogler, Jannik
Röling, Stefan
Eliese van Häfen
Vertreter des Jugendparlamentes
für Friedrich Narewski

Verwaltungsvorstand
Krantz, Irina
Stadtbaurätin

von der Verwaltung
Federolf, Christian, Dr.
Malzahn, David
Ruf, Simon

Protokollführung
Bokker, Elke

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winter fragt an, ob die Ausschussmitglieder die heutige Sitzung um 19.00 Uhr beenden möchten und morgen (21.06.) fortfahren möchten, oder ob die Möglichkeit bestünde, die heutige Sitzung erst um 20.00 Uhr zu beenden.

Herr Bolinius spricht sich dafür aus, unbedingt die Sitzung um 19.00 Uhr zu beenden, da er sich nicht in der Lage sieht, mehr als zwei Stunden dieser konzentriert zuzuhören und auch künftig die Sitzung auf Grund ihrer Komplexität auf zwei Tage zu verteilen.

Herr Gröttrup macht den Vorschlag, abzuwarten, was bis 19.00 Uhr abgearbeitet sei, um dann ggfs. eine halbe Stunde zu verlängern, falls man wider Erwarten doch das meiste besprochen habe.

Herr Strelow möchte wissen, wie es sich im Falle von zwei Tagen Ausschuss mit dem Sitzungsgeld verhalte.

Frau Winter teilt mit, dass es max. aufgrund der Länge doppeltes Sitzungsgeld gebe, da es sich um eine Sitzung handle.

Frau Winter spricht sich dafür aus, Herrn Lüpke, der zu dem Punkt 11 „Vorstellung Parkraumbewirtschaftungskonzept“ einen Vortrag halte, die Möglichkeit zu geben, seinen Vortrag als erstes zu halten.

Herr Bolinius beschwert sich darüber, dass das Protokoll Nr. 18 vom 11.05.2023 zu dieser Sitzung noch nicht vorliege, obwohl bereits 6 Wochen vergangen seien.

Auch **Herr Strelow** beschwert sich darüber.

Anmerkung der Protokollführerin:

Das Protokoll wurde von der Protokollführerin am 16.05.2023 in Umlauf gegeben. Vom 31.05. bis 19.06. befand diese sich im Urlaub und hatte somit keine Möglichkeit, entsprechend die Durchsicht bzw. die Unterschriften anzumahnen. Auch Herr Malzahn, der das Protokoll gegenlesen muss, befand sich vom 05. bis 09.06. im Urlaub und ebenfalls die Ausschussvorsitzende Frau Winter.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Ergebnis: Einstimmig.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 20.04.2023

Beschluss:

Das Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz vom 20.04.2023 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Keine

B E S C H L U S S V O R L A G E N

**TOP 5 ÖPNV; - Start des Beteiligungsverfahrens Nahverkehrsplan
Vorlage: 18/0789/1**

Herr Malzahn führt zur Vorlage aus und weist darauf hin, dass zum Nahverkehrskonzept bereits mehrmals vorgestellt und diskutiert worden sei.

Herr Falbe weist in einem längeren Vortrag darauf hin, dass seiner Meinung nach der Busverkehr zur kommunalen Fürsorge gehöre. Ferner merkt er an, dass das 49-Euro-Ticket in Emden noch nicht käuflich erworben werden könne, also für den Nahverkehr auch noch nicht zu nutzen sei. Seiner Meinung nach sei der von der Verwaltung vorgestellte Nahverkehrskonzept zu teuer und daher werde seine Fraktion diesem auch nicht zustimmen.

Außerdem frage er sich, warum der Nahverkehr nicht besser auf den Regionalverkehr abgestimmt werde.

Herr Hemken weist darauf hin, dass es zu diesem Thema Workshops gegeben habe und auch in den Ausschüssen mehrfach darüber diskutiert worden sei, so dass er nicht verstehen könne, warum die CDU-Fraktion jetzt mit derartigen Argumenten dem Beschluss nicht zustimmen könne.

Die Verwaltung und ein beauftragtes Ingenieurbüro haben lang und breit darüber Auskunft gegeben, auch was die Anbindung von Regional- und Nahverkehr angehe. Wegen der Kosten hätte man zudem Herrn Schmidt vom Stadtverkehr Emden, der ebenfalls dem Ausschuss Rede und Antwort gestanden habe, befragen können.

Er verurteilt es daher aufs schärfste, dass die CDU-Fraktion sich jetzt gegen den Beschluss ausspreche.

Auch **Herr Strelow** zeigt sich enttäuscht von der Haltung der CDU-Fraktion und dass diese sich aus der Verantwortung stehlen wolle. Auch im Finanzausschuss sei dazu schon diskutiert worden und man müsse seiner Linie treu bleiben, denn es gebe auch eine soziale Komponente dahinter. Eine Notvergabe sei nicht akzeptabel.

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Herr Nützel ist auch der Meinung, dass man dazu umfänglich diskutiert habe. Seiner Meinung nach sei dieser zwar nicht ganz bedarfsgerecht, da einige Stadtteile nicht regelmäßig angefahren würden, der jetzige Fahrplan sei aber eine Verbesserung gegenüber dem derzeitigen ÖPNV.

Herr Falbe stellt richtig, dass er auch nicht dafür sei, den ÖPNV runterzuschrauben und die Taktung werde ja auch ausgebaut. Nächstes Jahr werde Emden – Aurich im Halbstundentakt angefahren und das Angebot sollte genutzt werden.

Herr Hemken weist darauf hin, dass die Busse im Regionalverkehr weniger Haltestellen anführen als die im Nahverkehr und man diese aus dem Grunde auch nicht uneingeschränkt nutzen könne.

Herr Gröttrup teilt mit, dass die CDU-Fraktion hinsichtlich der Finanzierung anderer Meinung sei. Man bekomme keine 100.000 Euro für andere Dinge zusammen aufgrund der angespannten Haushaltslage und daher frage er sich, wie man denn 1,8 Mio Euro aufbringen wolle. Auf Nebenstrecken Leerfahrten zu haben gehe dabei nicht an.

Herr Hemken fragt, warum die CDU-Fraktion diese Fragen nicht den Fachleuten gestellt habe. Diese hätten aber dargelegt, dass Takteinsparungen nichts brächten. Wo also solle man die Einsparungen vornehmen.

Herr Bolinius teilt für seine Fraktion mit, dass er sich der Abstimmung enthalten werde, da die letzte Fraktionssitzung ausgefallen sei und man daher noch nicht zu einer abschließenden Meinung gekommen sei. Er persönlich sei aber dafür und er habe eine Spezifizierung der CDU-Fraktion erwartet, diese sei für ihn nicht erfolgt und daher könne er sich der Meinung der CDU-Fraktion auch nicht anschließen.

Herr Hemken stellt klar, dass, wenn der Verwaltungsvorstand eine entsprechende Vorlage beschließen lasse, dieser dann auch einen Finanzierungsvorschlag unterbreiten werde.

Herr Eichhorn weist darauf hin, dass frühzeitig eine Ausschreibung auf den Weg gebracht werden müsse. Das Preisergebnis müsse man abwarten und dann könne man erneut sehen, wie man die Finanzierung angehen könne. Ansonsten sehe er dies wie Herr Hemken und könne diese daher nur unterstützen.

Herr Bolinius zeigt sich verwirrt über die in Rede stehenden 3,6 Mio Euro, aber hier werde ja wohl erstmal das Gesamtkonzept beschlossen werden.

Herr Strelow weist ausdrücklich darauf hin, dass der Rat in der Verantwortung dem Bürger gegenüber stünde. Alle Fraktionen müssten zur Finanzierung Vorschläge unterbreiten, z. B. in dem man das kostenpflichtige Parken in der Innenstadt an Samstagen beschließe.

Herr Gröttrup ist der Meinung, dass man dadurch lediglich 50.000 Euro an Einnahmen verbuchen könne. Zusätzliche Stadtgrundstücke zu verkaufen sei auch nicht in Ordnung. Da läge noch viel Arbeit vor dem Rat.

Frau Krantz weist darauf hin, dass der ÖPNV heute auch schon Kosten in Höhe von 3 Mio Euro verursache. Man könne diesen sicher nicht günstiger machen aber evtl. zu gleichen Kosten. Man müsse aber bedenken, dass alleine die Personalkosten gestiegen seien. 3,6 Mio Euro sei die erste Zahl des Gutachtens. Wenn die Ausschreibung aus dem Ruder laufe, müsse neu gesehen werden.

Beschluss:

Um ein zukunftsweisendes umweltfreundliches Nahmobilitätsangebot zu schaffen, wird das in Vorlage 18/0458/1 beschriebene Konzept weiterverfolgt.

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Der Nahverkehrsplan wird so vor der Sommerpause ins Beteiligungsverfahren gegeben, um im Herbst 2023 eine Beschlussfassung im Rat zu ermöglichen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

7 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion)

1 Enthaltung (FDP-Fraktion)

TOP 6 Umsetzung Deutschlandticket, Ergänzung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages Vorlage: 18/0843

Herr Malzahn teilt mit, dass es sich hierbei lediglich um einen formalen Akt für die Inanspruchnahme von EU-Fördergeldern für das 49,-- Euro-Ticket handele.

Herr Strelow für seine Fraktion befürwortet die Vorlage. Er möchte wissen, ob der Kauf des Tickets elektronisch erfasst werde, wie sich der Zahlungsprozess gestalten und ob man schon sagen könne, wie dieses in Emden nachgefragt werde.

Frau Krantz teilt mit, dass dazu augenblicklich noch keine Zahlen vorlägen, sondern zurzeit nur geschätzt werden könne. Zum Ende des Jahres werde man dazu evtl. mehr sagen können.

Herr Bolinius meint zu wissen, dass bereits 10 Mio. Tickets verkauft worden sind und man sehen müsste, wie das in den nächsten Jahren weitergehe.

Herr Falbe möchte wissen, ab wann das Ticket in Emden käuflich erworben werden kann, um es auch für den innerstädtischen Nahverkehr nutzen zu können.

Frau Krantz wird das mit SVE versuchen zu klären.

Anmerkung der Protokollführerin:

Zurzeit gibt es noch kein Vertriebssystem. Die VEJ ist an dem Thema dran.

Beschluss:

1. Zur Umsetzung des Deutschlandtickets schreibt die Stadt Emden das Anforderungsprofil des öffentlichen Dienstleistungsauftrags, mit dem die Stadtverkehr Emden GmbH seit dem 01.01.2015 mit der Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet Emden betraut worden ist, gemäß Nr. 3 Abs. 1 lit. b. öffentlicher Dienstleistungsauftrag um die aus der Anlage 1 der Vorlage 18/0843 zu diesem Beschluss ersichtlichen Ergänzungen fort.
2. Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH und der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt, durch eine auf entsprechenden Beschlüssen in der gesellschaftsrechtlichen Weisungskette (Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH, Stadtwerke Emden GmbH, Stadtverkehr Emden GmbH) beruhenden Weisung an die Geschäftsführung der Stadtverkehr Emden GmbH, für die verbindliche Beachtung
 - der ergänzenden Inhalte der als Anlage zur Vorlage 18/0843 beigelegten Fortschreibung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags
 - sowie der jeweils geltenden Vorgaben zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket gemäß der

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2023 in Niedersachsen (Richtlinie Billigkeitsleistungen Deutschlandticket ÖPNV 2023) Erl. d. MW v. 2. 5. 2023 — 30250-2209 — VORIS 93200 —

Sorge zu tragen und hierbei zu prüfen, ob die Weiterleitung der durch das Land Niedersachsen gewährten Billigkeitsleistungen ertragssteuerneutral erfolgen kann.

3. Die Stadt Emden wird die ihr durch das Land Niedersachsen zugewiesenen Bundes- und Landesmittel nach Maßgabe der Nr. 4 Abs. 1 des bestehenden öffentlichen Dienstleistungsauftrags bzw. der Nachfolgeregelung weiterleiten.

Ergebnis: einstimmig

- TOP 7 Sanierungsgebiet Innenstadt – Erweiterung des Sanierungsgebietes (siehe Vorlage 18/0294, Schritt 2) und Erweiterung des Untersuchungsraums (siehe Vorlage 18/0294/3);**
- Beschluss über das Ergebnis der Abwägung (Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange, der von der Sanierung Betroffenen und der Öffentlichkeit)
- Billigungsbeschluss über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) und des Städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) mit Kosten- und Finanzierungsübersicht gem. § 141 Baugesetzbuch für die erweiterten Bereiche
Vorlage: 18/0294/4

Frau Krantz führt kurz zur Vorlage aus. Die Vorlage sei als nächster Schritt für das Sanierungsgebiet Innenstadt zu sehen. Vor einem Jahr habe es neue Förderbedingungen gegeben, die eine Erweiterung des Sanierungsgebietes um die anliegenden Wohngebiete ermöglichten. Dies sei in der Vorlage ausführlich dargestellt, zudem habe dazu eine Bürgerinfo stattgefunden und das sei ja auch intensiv diskutiert worden.

Herr Strelow findet die Maßnahmen umfangreich definiert und begrüßt die Maßnahme. Bis 2030 werden dadurch 15 Mio. Mittel bewegt und er wünscht hierzu im Herbst oder evtl. Anfang des nächsten Jahres einen entsprechenden Zwischenbericht.

Frau Krantz verspricht diesen und teilt weiterhin mit, dass in der 26. Kalenderwoche diesbezüglich ein Gespräch mit dem Landesamt stattfindet. Als letzten Baustein werde man einen Blick auf das „alte“ Quartier werfen.

Herr Hemken möchte wissen, ob die Planungen von Mitarbeitern der Verwaltung erarbeitet werden oder man diese an einen Dienstleister vergeben werde.

Frau Krantz teilt mit, dass die Planungen von den städtischen Mitarbeitern erarbeitet würden und es, wie auch schon bei den anderen Sanierungsgebieten, eine Begleitung durch die BauBeCon geben werde. Die Umsetzung aber bei der Verwaltung liege.

Beschluss:

1. Das Ergebnis der Abwägung wird beschlossen (siehe Anlage 2, Bericht VU/ISEK, Abschnitt B, Teil IV und Anhang mit Abwägungstabelle).

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

2. Der Bericht über das Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) und das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (mit Kosten- und Finanzierungsübersicht) der Stadt Emden für die Erweiterung des Sanierungsgebietes der Innenstadt (Schritt 2) wird gebilligt („Billigungsbeschluss“).
3. Der durch Städtebauförderungsmittel des Landes und des Bundes bzw. durch zweckgebundene Einnahmen im Sinne der Städtebauförderungsrichtlinien nicht gedeckter Drittelanteil der Kosten der Gesamtmaßnahme sowie der Teil der nicht förderfähigen Kosten der öffentlichen Maßnahmen werden von der Stadt Emden getragen. Die besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 a BauGB (umfassendes Verfahren, Wertausgleich) sollen Anwendung finden.

Ergebnis: einstimmig

- TOP 8 84. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich „Zwischen Ültje und Binnenhafen“ ; -Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB);**
-Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
-Feststellungsbeschluss (Stadium III)
Vorlage: 18/0686/1

Herr Malzahn führt zur Vorlage aus und teilt mit, dass nunmehr ein nächster großer Meilenstein im ersten Verfahren mit der heutigen Beschlussfassung geschafft sei. Unter den 30 eingegangenen Stellungnahmen sei keine gewesen, die eine erneute Auslegung notwendig mache. Parallel zum Flächennutzungsplan laufe die Bearbeitung des Bebauungsplanes, mit dessen Fertigstellung bis Ende des Jahres gerechnet werde. Hier haben die Investoren gute Arbeit geleistet.

Herr Bolinius gratuliert zu dem Erfolg und bedankt sich für die gute Arbeit.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Emden stimmt der Behandlung der Stellungnahmen nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zu (Anlage 5 der Vorlage 18/0686/1).
2. Der Rat der Stadt Emden stimmt der Behandlung der Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden zu (Anlage 6 der Vorlage 18/0686/1).
3. Für die 84. Änderung des Flächennutzungsplans mit der dazugehörigen Begründung und dem Umweltbericht wird der Feststellungsbeschluss gefasst.

Ergebnis: einstimmig

- TOP 9 Änderung der Baumschutzsatzung;**
- Antrag der Gruppe GRÜNE feat. Urmel - Vorlage 18/0245
- Antrag der CDU-Fraktion - Vorlage 18/0709
Vorlage: 18/0725/1

Herr Dr. Federolf führt zur aktuellen Beschlussvorlage aus und teilt mit, dass man die Baumschutzsatzung bereits im Ausschuss vorgestellt und darüber gesprochen habe. Zudem sei man

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

sowohl von der FDP-Fraktion als auch der Gruppe Grüne feat. Urmel zur Diskussion in der Fraktion eingeladen worden und er gehe davon aus, dass es jetzt keiner weiteren Diskussion bedürfe. **Herr Nützel** zeigt sich mit der geänderten Größe des Stammumfanges, wie in der Vorlage dargestellt, einverstanden und zeigt sich ebenfalls erfreut darüber, dass man seinem Antrag auf Verringerung der Grundstücksfläche nachgekommen sei. Vielleicht könne man diese sogar auf 400 m² verringern, aber mit 600 m² zeigt er sich auch einverstanden.

Herr Falbe sieht in der Herabsetzung von 1.000 m² auf nunmehr 600 m² nicht nur eine erhöhte Belastung für die Verwaltung, sondern auch eine Gängelung der Grundstücksbesitzer. Er frage sich auch, ob es im Internet einen entsprechenden Antrag auf Befreiung von der Baumschutzsatzung gebe. Außerdem finde er es störend, dass jetzt ebenfalls Birken und Pappeln unter die Baumschutzsatzung fielen.

Herr Bolinius teilt mit, dass man sich in seiner Fraktion die Argumente der Verwaltung angehört habe. 1988 habe es bereits eine schärfere Satzung gegeben als die in 2002 geänderte augenblickliche Satzung, mit der man seiner Meinung nach gut gefahren sei. Seine Fraktion spreche sich daher gegen eine Verschärfung auch im Hinblick auf den Mehraufwand bei der Verwaltung aus. Zudem traue man dem Bürger entsprechende Eigenverantwortung zu.

Herr Strelow sieht dies ebenfalls so, was allerdings seine persönliche Meinung sei und nicht die seiner Fraktion. Durch die Herabsetzung auf 600 m² und auf einen geringeren Stammumfang seien im Prinzip fast alle Gärten betroffen. Außerdem habe die Verwaltung bezüglich der Kosten für eine Neuanpflanzung keine Aussagen gemacht. Seiner Meinung nach sei die Belastung für die Bürger zu hoch und das stelle für ihn einen zu massiven Eingriff in die Privatrechte dar. Auch gebe es keine neuen Stellen in der Verwaltung, um entsprechende Kontrollen durchzuführen. Ebenfalls sollten die Birken und Pappeln nicht unter die Baumschutzsatzung fallen.

Herr Hemken unterstreicht, dass es sich hierbei lediglich um die persönliche Meinung von **Herrn Strelow** handelt, denn 90 % seiner Fraktion spreche sich für die verschärfte Baumschutzsatzung aus. Bei der Größe der Grundstücke gehe es auch um den Gleichheitsgrundsatz, sonst könne man sich die Satzung auch gleich sparen. In Emden gebe es überwiegend Grundstücke von 600 m² und nur wenige mit einer Größe von 1.000 m².

Zudem sehe er, dass einige Mitbürger zu ihrem Glück gezwungen werden müssten. Es gehe hier nicht nur um Klimaschutz durch die öffentliche Hand, sondern dieses Thema gehe alle an. Wenn die Verwaltung einen Baum fällen lassen müsse, gebe es darum eine große Diskussion, daher dürfe der eigene Garten nicht ausgenommen werden. Der Beschluss sei gut vorbereitet und daher habe man keinen weiteren Erläuterungsbedarf in der Fraktion gesehen, werde der geänderten Satzung aber zustimmen.

Herr Eichhorn teilt mit, dass man in seiner Fraktion dazu auch unterschiedlicher Meinung sei, dieser aber trotzdem zustimmen werde. Er frage sich aber gleichwohl, wo die zusätzliche Stelle geschaffen werde, wenn Bußgelder verhängt würden.

Herr Wildeboer weist darauf hin, dass man bereits 2014/2015 Diskussionen zu der bestehenden Baumschutzsatzung geführt habe und man sich einig gewesen sei, dass diese nicht bleiben könne. Pappeln gebe es nur noch wenige und auch Birken seien wichtig, deshalb sei es nur richtig, diese in die Baumschutzsatzung mit aufzunehmen. Außerordentlich wichtig für ihn sei es zudem, dass die Baumschutzsatzung auch für die Außenbereiche Gültigkeit habe. Er habe Vertrauen in die Emdener Bürger und Bürgerinnen und denke, dass diese die Baumschutzsatzung mitziehen, zumal wenn man eine Mitteilung über die geänderte Baumschutzsatzung gebe und warum die neue Satzung auch dem Klimaschutz zu gute komme.

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Herr Gröttrup hat sich anhand der vorgebrachten Argumente davon überzeugen lassen und wird jetzt ebenfalls der geänderten Baumschutzsatzung zustimmen.

Herr Dr. Federolf weist noch einmal auf die umfangreiche Diskussion zu dem Thema hin und teilt noch einmal mit, dass auch Birken und Pappeln mit einem Stammumfang von 80 cm wichtig für die Biodiversität seien, da es sich, nach Aussage von Experten, damit bereits um ein Ökosystem im Kleinen handele.

Zu den Kosten sei zu sagen, dass die Preise für Gehölze, gerade in der heutigen Zeit, sehr stark differieren. Die Verwaltung werde entsprechende Ersatzpflanzungen über den Bau- und Entsorgungsbetrieb bestellen, der Preisnachlass erhalte, die man an den Antragstellern weitergeben werde. Der Preis für eine Ersatzpflanzung werde bei Antragstellung bzw. im Zuge der Befreiung von der Baumschutzsatzung bereits mitgeteilt werden.

Frau Krantz ergänzt, dass man sicher auch im Internet Preise für Bäume erhalten könne. Man werde aber in einer der nächsten Sitzungen hierzu noch Informationen liefern.

Herr Strelow will, dass Bürger und Bürgerinnen Klarheit über die Kosten erhalten.

Herr Falbe fragt, ob die digitalen Anträge bereits ausgearbeitet seien.

Herr Dr. Federolf bejaht dies. Die Anträge könnten bereits auf der Homepage der Stadtverwaltung bezogen werden. Einen Stau bei den Anträgen werde es nicht geben, wohl aber einen Mehraufwand für die Mitarbeiter.

Bezüglich der Frage nach Preisen für Bäume werde er dies mitnehmen, hätte sich aber gewünscht, dass man diese Frage eher gestellt hätte.

Beschluss:

Die überarbeitete Baumschutzsatzung (Anlage 1 der Vorlage 18/0725/1) wird beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

8 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen (Herren Bolinius/Strelow)

MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 10 Bebauungsplan D 156 Conrebbersweg West IV. Abschnitt (Wohnen) ;
- Überarbeitung des städtebaulichen Konzepts
Vorlage: 18/0518/1**

Frau Krantz trägt vor und teilt mit, dass man dies bereits im Herbst letzten Jahres angekündigt habe. Für den alten Bereich liege der Satzungsbeschluss jetzt vor und die Grundstücke könnten seit ca. 2 Wochen bebaut werden, was bei 3 Grundstücken jetzt auch der Fall sei.

Sie weist insbesondere auf die Erweiterung um die Fläche für Schule und Kindergarten hin. Ebenfalls sei ein Rad- und Fußweg mit aufgenommen worden.

Herr Hemken findet die Überarbeitung super. Er frage sich, ob es nicht möglich sei, das neue Quartier an das Kanalnetz anzuschließen, um den Charakter der Wasserstadt noch weiter herauszustreichen.

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Frau Krantz erläutert, dass der äußere Kanal verbreitert werden soll, um die Wassererlebbarkeit einzurechnen. Die erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigungen dafür lägen vor.

Herr Nützel teilt mit, dass er sich nach wie vor dafür einsetzen werde, dass das alles nicht gebaut werde, da es sich bei dem Gelände um ein äußerst wertvolles Naturschutzgebiet handele.

Verwundert zeigt er sich darüber, dass Anfang Juni der Vergaberichtlinienkatalog zum Baugebiet aufgehoben wurde und es ärgere ihn ebenfalls, dass junge Familien nicht herzubekommen seien. Daher hoffe er auf ein Umdenken.

Herr Bolinius verweist darauf, dass die jungen Familien seiner Meinung nach nicht dort nachfragten weil die Kosten zu hoch seien, denn in Petkum haben sich im Grachtenviertel genug junge Familien angesiedelt.

Herr Eichhorn verweist darauf, dass sich die Zeiten geändert haben. Die eher schleppende Vermarktung läge seiner Meinung nach nicht an zu hohen Grundstückspreisen, sondern daran, dass heute mit doppelt so hohen Baukosten zu rechnen sei.

Herr Strelow ist der Meinung, dass die neuen Gesetze bezüglich der Beheizung der Häuser dazu führten, dass erstmal abgewartet werde bevor man sich zum Neubau entschieße. Gasanschluss gebe es aber ja in dem Neubaugebiet Conrebbersweg nicht. Er hoffe diesbezüglich auf wieder andere Zeiten, denn die Bürgerinnen und Bürger müssten schließlich irgendwo wohnen. Auch im Hinblick auf die Flüchtlinge aus der Ukraine werde Wohnraum dringend benötigt.

Frau Krantz weist darauf hin, dass es Wahlmöglichkeiten für alle Grundstücke von Privat gebe, ob man nun kaufen oder pachten wolle. Für den jetzt vorgestellten Bauabschnitt werde man ungefähr die Hälfte der Grundstücke für die Erbpacht vorhalten, aber das habe letztendlich mit der Nachfrage zu tun. Es seien evtl. sogar Reihenhäuser auf Erbpachtgrundstücken möglich.

Frau von Häfen möchte wissen wie hoch der Preis pro Quadratmeter für ein Grundstück denn sei.

Herr Eichhorn beziffert diesen auf 4,5 % bis 5 %, ferner spiele die Anzahl der Kinder eine Rolle. Das Gesamtvolumen beschränke sich aber auf 1 Mio. Euro.

Auf die Frage von **Frau Winter** teilt **Frau Krantz** mit, dass ihr aktuelle Zahlen zum Stand von Beurkundungen nicht vorlägen, sie diese aber über das Protokoll beantworten werde.

Anmerkung der Protokollführerin

Bis zum 30.06.2023 gab es laut Auskunft des Fachdienstes Liegenschaften 14 beurkundete Verträge.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Vorstellung Parkraumbewirtschaftungskonzept durch SHP Vorlage: 18/0381/2

Herr Malzahn stellt Herrn Dipl.-Ing. **Harald von Lübke** von der Firma SHP kurz vor und weist darauf hin, dass es sich nur um eine Mitteilungsvorlage und nicht um eine Beschlussvorlage handelt.

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Herr von Lübke berichtet ausführlich über das von seiner Firma erarbeitete Gutachten zum Parkraumbewirtschaftungskonzept (siehe Ratsinfosystem).

Herr Eichhorn nimmt ab 17.35 Uhr an der Sitzung teil.

Frau Winter dankt **Herrn von Lübke** für seinen Vortrag.

Herr Malzahn fügt an, dass man mit dem Entfernen der Parkplätze in der Ringstraße allerdings erst beginnen werde, wenn die angedachten beiden Parkhäuser fertiggestellt seien. Weiterhin geht Herr Malzahn auf die übergeordneten Ziele der Stadt ein und stellt noch einmal heraus, dass das Konzept auf jeden Fall ganzheitlich betrachtet werden müsse.

Zudem bietet er bei Bedarf Gespräche vor der Beschlussfassung in den Fraktionen an.

Herr Gröttrup bedankt sich für den Vortrag und findet diesen sehr übersichtlich. Man habe damit eine solide Grundlage für den Einstieg in das Thema bekommen. Jetzt sollte man darüber nachdenken, ob man für die Parkhäuser einen Betreiber suchen sollte oder diese in Eigenregie betreiben könne.

Herr von Lübke teilt mit, dass in anderen Kommunen die Betreuung der Parkhäuser an die Stadtwerke abgegeben worden sei, wie z. B. in Bad Oyenhausen. Dort habe man von anfangs zwei Mitarbeiter personell aufgestockt und daraus eine eigenständige Abteilung gemacht, was sehr gut funktioniere.

Herr Eichhorn bedankt sich ebenfalls bei Herrn von Lübke und hätte das ebenfalls fragen wollen, denn er sei auch dafür, die Betreuung nicht aus der Hand zu geben. Wenn ein Betreiber ein Parkhaus auf eigene Kosten bauen wolle, dürften die angrenzenden Parkflächen davon aber nicht betroffen sein.

Herr Eichhorn berichtet über ein Fahrzeug in Amsterdam welches 24 Stunden im Einsatz sei und Parkflächen überwache und er frage sich, ob das evtl. auch für Emden möglich sei. In Amsterdam habe man dadurch 4fache Einnahmen erhalten.

Frau Krantz erwidert, dass Herr Post zu gegebener Zeit darüber berichten könne.

Herr Strelow ist der Meinung, dass aufgrund des Parkdruckes unbedingt was gemacht werden müsse. Am Schreyers Hoek gebe es schon ein Anwohnerparken. Man könne auch überlegen, für Externe das Parken an solchen Plätzen an den Wochenenden teurer zu machen. Er möchte dazu aber unbedingt wissen, was z. B. die Anschaffung von neuen Parksäulen etc. die Stadt kosten würde. Auch die Anwohner des Behördenviertels hätten immer wieder große Schwierigkeiten Parkplätze zu finden, dieses habe man mehrfach an ihn herangetragen. Jetzt müsse man sondieren und gemeinsam Prioritäten festlegen, das halte er für den richtigen Ansatz.

Herr Bolinius sieht darin eine lange Aufgabe. Von ehemals vier Parkhäusern sei man schon auf zwei zurückgegangen und bei den beiden frage er sich schon, wie man das finanzieren könne. Er schlägt daher einen Arbeitskreis aus Mitgliedern aller Fraktionen vor, der Vorschläge für die Bewirtschaftung erarbeiten soll.

Herr Hemken dankt für die neuen Informationen. Es sei zu dem Thema viel diskutiert worden und nun könne man feststellen, dass es genug Parkplätze in Emden gebe und sich aber die Frage der Verteilung stelle. Er frage sich aber, warum in Klein Faldern so viel geparkt werde oder seien nicht genug Stellplätze dort für die Anwohner verfügbar. Er möchte von Herrn von Lübke wissen,

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

warum dann das Parkhaus am Funkturm sich als eher ungünstig herausgestellt habe. Jetzt habe man aber Daten und Zahlen um zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Stadtwerke Emden haben gerade das Parkhaus am Wasserturm an einen Betreiber abgegeben, weil diese die Arbeit nicht mehr haben leisten können und somit auch eher nicht als Betreiber der beiden neuen Parkhäuser in Betracht kämen. Daher müsse man über andere Konstellationen nachdenken und prüfen, aber am Ende müsse die Politik entscheiden.

Frau Krantz teilt mit, dass zum Herbst hin noch Aussagen über die Höhe der Investitionen gemacht werden könnten. Dann könne man auch eine Priorisierung festlegen, um frühzeitig eine Beschlussvorlage auf den Weg zu bringen.

Herr Malzahn ergänzt, dass es in Klein Faldern, wie es Herr von Lübke auch gesagt habe, einen hohen Bestand an Anwohnerparkern gebe, gerade auch im Hinblick auf die engen Straßen. Aber auch Fremdarker habe er dort schon häufig gesehen, die für ein Wochenende oder für drei bis fünf Tage dort kostenfrei parkten, da der Weg in die Innenstadt nicht sehr weit sei.

Herr von Lübke teilt mit, dass der Betreiber des Parkhauses am Wasserturm konsequent keine Dauerparkplätze mehr anbiete, somit gebe es selbst zu Spitzenzeiten keine Auslastung mehr. Man könne überlegen, zukünftig keine Münz-Parkautomaten mehr zu betreiben, was aber den Preis für Parken erhöhe.

Herr Nützel teilt mit, dass man den Antrag gestellt habe, um einen Sachstand zu erhalten, damit man sich die Sache genauer betrachten könne, da man an einer Aufwertung der Innenstadtqualität sehr interessiert sei.

Er habe festgestellt, dass das Parken mit der an dem Parkautomaten gezeigten App nicht funktioniere, da diese dem Parker anzeige, dass der Platz nicht vorhanden sei.

Frau Winter bedankt sich bei Herrn von Lübke für seinen Vortrag.

Anmerkung der Protokollführerin

Herr Post vom Fachdienst Straßenverkehr teilt dazu mit:

„Die Anfrage von Herrn Nützel im Ausschuss bezog sich vermutlich auf den seitlich angebrachten Hinweis der Emden Marketing und Tourismus GmbH über eine scheinbar nicht mehr gültige Teilrückerstattungsaktion der Parkgebühren.

Weitere QR Codes, insbesondere von PayByPhone konnten nicht festgestellt werden.

Es wäre sinnvoll, alle PSA im Stadtgebiet auf derartige ungültige/veraltete/unleserliche Aufkleber zu checken, diese zu entfernen und ggfs. die PSA gleich einmal wieder einer Grundreinigung zu unterziehen.

Hier liegt die Zuständigkeit jedoch nicht bei 432.

Herr ten Hove macht den Vorschlag von den Mitteilungsvorlagen den Punkt 12 Sachstandsbericht zu Petkum, vorzuziehen.

Frau Winter schlägt vor, den Punkt 5 ÖPNV auf die morgige Fortsetzung der Sitzung zu verlegen und heute ab dem Punkt 6 Umsetzung Deutschlandticket fortzufahren. Dies wurde von den Anwesenden so angenommen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

TOP 12 Sachstandsbericht zur 77. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan H5 „Petkumer Grachten“ im Stadtteil Petkum/Widdelswehr Vorlage: 18/0837

Herr Malzahn führt zur Vorlage aus und stellt den Projektablaufplan vor. Insbesondere weist er darauf hin, dass eine wasserrechtliche Genehmigung beim Bau vorliegen müsse. Nach der Sommerpause könne dann dazu ein aktueller Plan vorgestellt werden.

Herr ten Hove wundert sich darüber, dass es keinen Anschluss für Zum Bind I an den Ems-Seitenkanal gebe und es wohl noch nicht sicher sei, dass dort Grachten gebaut würden.

Weiter teilt er mit, dass der Petkumer Bootsverein sehr verärgert über die Stadtverwaltung sei und nunmehr überlege, das in Rede stehende Grundstück nicht mehr verkaufen zu wollen. Ein Gespräch für den 22. Juni 2023 sei zudem von Frau Krantz kurzfristig auf den 30. Juni verschoben worden und der Verein fühle sich durch die Verwaltung nicht gut behandelt. Die Pachtflächen würden nicht weiter verpachtet werden und der Bootsverein müsse sehen, ob eine Bootshalle überhaupt noch finanzierbar sei.

Frau Krantz teilt mit, dass es ihr nicht leichtgefallen sei, den Termin mit dem Bootsverein zu verschieben, aber aufgrund der Dringlichkeit eines anderen Termins und der übervollen Terminkalender leider nicht anders gehandelt werden konnte. Sie werde aber Kontakt zum Vorstand des Bootsvereins aufnehmen und um Verständnis bitten. Nach wie vor habe der Investor ein ernsthaftes Interesse, das Baugebiet zu entwickeln.

Herr Eichhorn weist auf die gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland hin, die sehr hoch und vielfältig seien. Alles müsse behördlich geprüft werden und deshalb möchte er die Verwaltung an dieser Stelle in Schutz nehmen.

Herr Bolinius zeigt kein Verständnis dafür, da es sich um städtisches Gelände handle und der Bebauungsplan nunmehr seit 10 Jahren ein Thema sei und bisher nicht mehr als Pläne gemacht wurden. Seine Fraktion habe dazu viele Anträge und Anfragen gestellt und immer sei nichts passiert. Er ist der Meinung, dass, wenn man die Sache gleich vernünftig angegangen wäre, diese auch schon zu einem Abschluss gebracht hätte. Er sei darüber außerordentlich enttäuscht. Wenn der Bootsverein das Grundstück nicht verkaufe, sei damit auch das ganze Projekt gestorben.

Herr ten Hove fragt, was er dem Bootsverein übermitteln könne bezüglich des Verkaufs des Grundstückes. Wenn es dazu nicht eine Lösung bis Ende des Jahres gebe, werde mit dem Bootsverein nicht mehr zu verhandeln sein.

Frau Krantz verspricht, den aktuellen Sachstand zu prüfen und wird über das Protokoll eine entsprechende Beantwortung geben. Zudem werde man darauf in der nächsten Sitzung nach den Sommerferien zurückkommen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

**TOP 13 Bericht über die Umsetzung von Tempo 30 Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan; - Antrag der Gruppe Grüne feat. Urmel vom 26.04.2023
Vorlage: 18/0846**

Herr Nützel führt kurz zur Vorlage aus und teilt mit, dass seine Gruppe auch weiterhin immer wieder nach einem Zwischenbericht fragen werde.

Frau Winter teilt mit, dass die Vorlage zu den Fragen der Gruppe Grüne feat. Urmel umfassend Stellung genommen habe. Weiterer Diskussionsbedarf besteht daher auch seitens der anderen Fraktionen nicht.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**TOP 14 Kartierungsarbeiten im Gelände der Stadt Emden;
Erläuterung der Maßnahme, Höhe der Kosten und Sachstandsbericht (Darstellung der Lage der Biotope);
-Antrag der FDP-Fraktion vom 28.04.2023.
Vorlage: 18/0823**

Herr Bolinius führt aus, warum seine Fraktion den Antrag gestellt habe.

Herr Dr. Federolf teilt mit, dass alles Wesentliche in der Vorlage erläutert wurde. Weitere Diskussion wurde nicht gewünscht.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**TOP 15 Information über den Bau von 4 Doppelhäusern an der Nordseehalle;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 05.05.2023
Vorlage: 18/0800**

Herr Bolinius führt zur Vorlage aus und wünscht sich dazu mehr Erläuterungen zum Thema als in der Vorlage dargelegt, insbesondere wie der Ausbau des Gewässers und die Steganlagen aussehen.

Herr Eichhorn weist darauf hin, dass der damalige Stadtbaurat, Herr Docter, seinerzeit gesagt habe, dass man einem Investor eine Absage erteilt habe, wohl auch in Bezug auf die Lautstärke, die von Veranstaltungen in der Nordseehalle und auf dem angrenzenden Sportplatz ausgingen. Jetzt auf einmal sei dort Bauen möglich, obwohl sich doch die entsprechenden Bauvorschriften eher verstärkt hätten.

Herr Malzahn teilt mit, dass dies eigentlich kein Thema der Stadtplanung sei. Er könne aber sagen, dass es sich um einen ca. 50 Jahre alten Bebauungsplan handle und somit jeder Eigentümer bauen könne, was der Bebauungsplan festlege. Gleichwohl zeigt er sich über die Anfrage verwundert, da dies zum laufenden Geschäft der Verwaltung gehöre. Zu der Steganlage sei zu sagen, dass diese, ähnlich reduziert wie auf der anderen Seite des Kanals zu bauen sei.

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Herr Dr. Federolf weist zum wiederholten Male darauf hin, dass Veröffentlichungen im Amtsblatt zum Tagesgeschäft im eigenen Wirkungskreis der Verwaltung gehören und im Rahmen des Genehmigungsverfahrens gesetzlich vorgeschrieben und daher notwendig seien. In diesem Falle würden die Spundwände weitergeführt, bedürften aber trotzdem einer entsprechenden wasserrechtlichen Genehmigung aufgrund der gesetzlichen Erfordernis. Mehr sei dazu nicht zu sagen.

Herr Bolinius merkt an, dass man dem Amtsblatt nicht entnehmen könne, wie die Maßnahmen letztlich aussähen und er das Recht habe nachzufragen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 16 Doppelstrategie Schottergärten; - Antrag der Gruppe GRÜNE feat. Urmel vom 17.05.2023 Vorlage: 18/0838

Herr Nützel führt zur Vorlage aus und rügt Herrn Bolinius sowohl die Presseanfrage als auch die Anfrage seiner Gruppe nicht richtig gelesen zu haben. Zudem sei ihm die Mitteilungsvorlage, die er eher als Beschlussvorlage gedacht habe, nicht ausführlich genug.

Herr Ruf gibt ausführliche Erläuterungen zu dem bestehenden Baurecht und führt an, dass es bezüglich der Vorgärten zu vielen Missverständnissen komme. Die entsprechende Bauordnung gelte schon seit 1979, damals sei es bereits bekannt gewesen, dass man ein Insektensterben zu erwarten habe. Was ihn verwundere sei, dass es immer nur um Vorgärten der Einfamilienhäuser gehe, nicht aber um Freiflächen in Industrieansiedlungen, bei denen es um weit mehr Fläche gehe.

Anfang der 1990 sei die Baukontrolle wegen Personalmangel abgeschafft worden und man habe feststellen müssen, dass eine solche auch nicht dauerhaft leistbar sei. Die aktuelle Situation, nämlich dass die Mitarbeiter des Ökowerkes die Leute ansprechen, halte er für sinnvoller. Bei Gefahr verfolge man auch anonyme Anzeigen.

Im Falle einer gewünschten Bauberatung spreche man u. a. auch Vorgärten bzw. überbaubare Flächen an.

Herr Strelow und **Herr Bolinius** verlassen die Sitzung um 18.45 Uhr.

Er sehe aber auch nicht unbedingt die Steingärten als Problem, da diese auch Lebensraum für einige Tierarten beherbergen könnten, sondern eher in der auch verwendeten schädlichen Folie.

Herr Meyering stellt fest, dass zwar die Gesetzgebung gut aber in der Realität nicht umsetzbar sei und bedauert dies.

Herr Ruf empfindet dies nicht als eine „Bankrotterklärung“, da ja nicht nichts getan werde, es gebe allerdings zu viele Regelungen, die nicht alle umgesetzt werden könnten. Eine Möglichkeit erscheine ihm zu sein, die Landschaftsgärtner anzusprechen, die die Leute entsprechend aufklären könnten.

Herr Eichhorn sieht das Problem in der Überwachung, welches mit dem augenblicklichen Personal nicht leistbar sei. Er möchte wissen, ob denn den anonymen Hinweisen nachgegangen werde.

Herr Luitjens teilt mit, dass dies, aufgrund des Datenschutzes, wohl dem RPA zugeordnet werde.

Protokoll Nr. 19 über den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz am 20. und 21.06.2023

Ergebnis: Kenntnis genommen

TOP 17 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Krantz macht auf die am Montag, 26.06.2023 um 18.00 Uhr bei den Stadtwerken Emden in der Pottgießerstraße stattfindende Veranstaltung zum Thema Nahverkehr aufmerksam.

TOP 18 Anfragen

Keine

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.